

Flüchtlingswelle

Zur offenen Gesellschaft

Gastkommentar

von KATJA GENTINETTA

Sir Karl Popper verdanken wir die ebenso umfassende wie eindringliche Analyse der «offenen Gesellschaft» und – auch wichtig – ihrer Feinde. Popper nahm sich diese Arbeit vor an dem Tag, als Hitler in Österreich einmarschierte. Er wusste also, welche Art Feind er vor Augen hatte: totalitäre Regime, die den Menschen weismachen wollen, die Geschichte, Mythen, Propheten oder gar die Natur sage ihnen, was sie tun sollen. Eine offene Gesellschaft war für Popper eine ideologiefreie Gesellschaft. Eine, in der nicht Theorien und Prophezeiungen herrschen, sondern der Einzelne mit seinem Verstand und seiner Verantwortung.

Was macht die offene Gesellschaft aus? Es mag widersinnig klingen, zunächst den Begriff der Grenzen einzubringen. Doch ohne eine Grenze zur anderen, der geschlossenen Gesellschaft gibt es keine offene Gesellschaft. Toleranz beispielsweise ergibt ohne Grenzen keinen Sinn. Sollte der Appell zur Toleranz künftig wieder öfter erklingen, gilt es, auch die Grenze derselben zu benennen. Wenn wir nicht wissen (und erklären können), gegenüber wem, was und bis wohin wir tolerant sein sollen, wird der Appell wirkungslos verhallen oder gar das Gegenteil bewirken.

Grenzen hat auch die Freiheit. Sie hört dort auf, wo die Freiheit des andern beginnt. Und: Freiheit bedingt auch Sicherheit. Popper wusste, wovon er sprach, als er fand, wir müssten für Sicherheit und für Freiheit kämpfen. Demokratie steht für Frieden, Freiheit und Rechtssicherheit. Wenn es nun die Ereignisse erfordern, zur Sicherung des Friedens und der Freiheit die Sicherheitsanstrengungen zu erhöhen, dann darf dies nicht ein Tabu sein. Der reflexartige Verweis auf den drohenden Überwachungsstaat greift zu kurz.

Grenzen schliesslich hat der Staat. Freilich wären die EU-Aussengrenzen wichtiger als die EU-Binnengrenzen. Derzeit aber entscheidet die Realität leider über das Konzept. Das sollte uns aber nicht daran hindern, auch offen darüber zu diskutieren, ob diese Grenzen einen Wert haben und ob (bzw. wozu) wir sie zu schützen bereit sind. In beiden Fällen dürfen die Bürgerinnen und Bürger vom Staat auch erwarten, dass er sie schützt. Dazu haben sie ihn schliesslich geschaffen.

Der zweite Begriff sind die Institutionen. Eine offene Gesellschaft heisst gerade nicht «anything goes»; sie ist kein fröhlich-anarchisches Mit- und Durcheinander, sondern eine hart und über Generationen erkämpfte soziale Ordnung, gestützt auf Institutionen, die es zu schützen gilt. Der MIT-Ökonom Daron Acemoglu und der Harvard-Politologe James A. Robinson haben in ihrem Bestseller «Why Nations Fail» deutlich dargelegt, dass nicht Rohstoffe oder Investitionskapital ein Land vorwärtsbringen. Die entscheidenden Faktoren für die Prosperität eines Landes sind vielmehr politische

Institutionen, die Stabilität und Rechtssicherheit garantieren. Zu diesen Institutionen zählen auch Vertrauen und Kooperation (beispielsweise im geschäftlichen Austausch), gemeinsame moralische Standards (vom täglichen Umgang bis zur Arbeitsmoral) oder die Bereitschaft, darauf basierend eine gewisse Umverteilung zu leisten. Und es bedarf der Durchsetzung einer Marktwirtschaft, die allen Zugang bietet und Aufstieg ermöglicht.

Wenn sich Menschen auf den Weg machen, weil sie sich bei uns ein besseres Leben erhoffen (ich spreche nicht von jenen, die vor Krieg fliehen), dann ist das zwar nachvollziehbar, aber vielleicht nicht die Lösung. Viel wichtiger wäre es, dass sie in ihren Ländern, die sie verlassen, Strukturen schaffen: jene Institutionen, die auch ihnen endlich die Möglichkeit geben, zu prosperieren. Mit dem Verweis darauf, dass nun einfach der Rest der Welt bei uns anklopft und uns bittet, unseren Reichtum zu teilen, ist nichts gewonnen, im Gegenteil: Die Weltwirtschaft ist eben gerade kein Nullsummenspiel.

Was aber ist die Lösung? Zwei Anregungen: Der britische Entwicklungsökonom und Migrationsforscher Paul Collier sieht die Lösung in einer klugen Kombination von Legalisierung, Auswahl, Integration und Obergrenze – wobei er eine Einwanderung in den Arbeitsmarkt (wie beispielsweise die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU) und auch eine Migration zu Bildungszwecken ausdrücklich begrüsst. Hingegen muss der Familiennachzug, so heikel diese Frage selbst für ihn ist, eingegrenzt werden – auch, um den Migranten Anreize zu geben, in ihr Herkunftsland zurückzukehren und ihr Einkommen und Wissen dort zu investieren. Worauf Collier hinauswill, ist «brain circulation» statt «brain drain».

Bedenkenswert ist auch der Vorschlag der beiden Schweizer Ökonomen Margrit Osterloh und Bruno S. Frey. Sie plädieren für eine Integrations- und Steuerungsabgabe (NZZ 29. 10. 15), bei der das Geld statt den Schleppern dem Empfängerland zufließt, ein ordentliches Verfahren erlaubt und zudem für die Integration verwendet werden kann. Die Einreise könnte gefahrlos erfolgen. Wer offiziell als Asylsuchender anerkannt würde, erhielte die Abgabe ganz oder teilweise zurück.

Was kommt, ist – um Poppers Worte zu benutzen – unbekannt, ungewiss und unsicher. Wir müssen unsere Vernunft benutzen. Sonst setzen wir unsere Sicherheit, unsere Freiheit und auch unsere Prosperität aufs Spiel.

Katja Gentinetta ist Politikphilosophin und -beraterin. Ge kürztes Referat der Veranstaltung «Welches Land wollen wir sein?» im Grossmünster Zürich vom 6. 2. 15.